



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 179-2023
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2023.RRGR.248

Eingereicht am: 04.09.2023

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Gullotti (Tramelan, SP) (Sprecher/in)
von Arx (Spiegel b. Bern, GLP)
Remund (Mittelhäusern, Grüne)
Bossard-Jenni (Oberburg, EVP)
Flück (Interlaken, FDP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Für ein Klimaprogramm mit Anreizen für Berner Gemeinden

Regierungsrat wird beauftragt,

1. einen «kommunalen Klimaplan» (KKP) vorzulegen als Programm mit Anreizen in Form von technischer und finanzieller Unterstützung für Gemeinden, die sich konkret in einem Klimaschutzprogramm engagieren wollen
2. Instrumente und konkrete finanzielle Massnahmen als Anreize vorzuschlagen, zur wirkungsvollen Unterstützung und Begleitung von Gemeinden ohne Fachpersonal, die einen KKP umsetzen wollen
3. ein Internetportal «nachhaltige Gemeinden» zu schaffen, das alle auf Gemeindeebene möglichen Aktionen und Beispiele von bewährten Praktiken je nach Grösse der Gemeinde vereint, und einen Erfahrungsaustausch zwischen den Gemeinden ermöglicht
4. Weiterbildungen in Umweltfragen für die Gemeinden zu schaffen

Begründung:

Die Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion engagiert sich stark für die Erarbeitung einer konsistenten Klimapolitik, die einerseits Treibhausgasemissionen drastisch reduzieren (Verminderung) und die Anpassung an den Klimawandel (Anpassung) erlauben soll. Sie will so ihren Beitrag an eine klimaneutrale Schweiz 2050 leisten und ihre Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel verstärken. Zahlreiche Projekte werden derzeit erarbeitet, umgesetzt oder vorbereitet.

Der Kanton trägt eine grosse Verantwortung in diesem Bereich, die noch verstärkt wurde, zuerst im Herbst 2021 als sich die Berner Stimmberechtigten für einen Klimaschutzartikel in der Kantonsverfassung aussprachen, und dann an der Sommersession 2022 mit der Überweisung der Motion 265-2021 «Klimaschutz als Chance nutzen – Green New Deal für den Kanton Bern».

Er hat auch den Auftrag, die Gemeinden in diese Problematik einzuführen, indem er ihnen Instrumente zur Verfügung stellt und den gegenseitigen Informationsaustausch ermöglicht. Es bestehen bereits verschiedene Massnahmen wie das Berner Energieabkommen (BEakom), der Kommunale Richtplan Energie und die Förderung der Nachhaltigen Entwicklung in Gemeinden. Der KKP könnte eine Synthese der bestehenden Aktionen des Kantons sein.

Die Gemeinden haben effektiv eine entscheidende Rolle im Bereich Umweltschutz zu spielen, nicht nur wegen der Aufgaben, die ihnen von der kantonalen Gesetzgebung auferlegt werden, sondern auch wegen der Eigeninitiativen, die sie ergreifen, um zu den gemeinsamen Anstrengungen beizutragen. Die Gemeinden stehen in direktem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern und können die Erwartungen und Bedürfnisse in Sachen Umweltschutz klar erkennen.

Um die Umsetzung der Energiestrategie 2050 zu erleichtern, verlangt die Motion vom Regierungsrat, Instrumente für alle Gemeinden zu entwickeln, die sich für die Nachhaltigkeit einsetzen. Es wäre den Gemeinden freigestellt, ob sie den KKP übernehmen.

Das Ziel dieser Motion ist die Entwicklung von Instrumenten durch den Kanton Bern, so wie sie andere Kantone wie Graubünden und Luzern oder Waadt (unter dem Namen «Plan énergie et climat communal» PECC) bereits umgesetzt haben.

Verteiler
– Grosser Rat